

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden,  
Raben & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Verlag: Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Meußdorf und Dresden-Altkönig

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 2,80, — W. durch die Post bezogen monatlich 3,00, — W., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 250, — W., Einzelnummer 50, — W., Sonnabendnummer 70, — W., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Druckerei: Göttingerplatz 10, Tel. 25261.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Göttingerplatz 10, Tel. 25261.  
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 5gehalt. Komposition 100, — W., die 5gehaltene Zeile 400, — W., auswärts 125, — u. 500, —, Ausland 800 u. 2500 W. Bei mehrmaliger Auflage Ermäßigung. Familienanzeigen, Stellen- und Mietangebote 40 Proz. Rabatt. Für Briefverbreitung 80 W.

Nr. 14

Dresden, Mittwoch den 17. Januar 1923

34. Jahrg.

## Sozialdemokratie und Ruhrbesetzung

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst schreibt:

In einem großen Teile der bürgerlichen Presse werden Veruche unternommen, die Haltung, die die Sozialdemokratie zur Frage der Ruhrbesetzung einnimmt, in dem Sinne zu entstellen, als ob unsere Partei in der Abwehr des französischen Rechtsbruchs nicht genügende Entschiedenheit entwickelt. Das ist entweder ein völliges Verkennen der sozialdemokratischen Gedankengänge oder absichtliche Fälschung zu parteipolitischen Zwecken.

Gerade die Sozialdemokratische Partei war es, die seit Jahr und Tag den Kampf gegen die drohende Ruhrbesetzung führte. Nur ist es im Mai 1921 gelungen, gemeinsam mit dem einsichtigen Teile der bürgerlichen Parteien die Besetzung des Ruhrreviers durch die Sekantenteile zu verhindern. Ein Kampf um das Ruhrrevier gegen die Sekantenteile wäre ganz aussichtslos gewesen. Wenn dieser Kampf jetzt nur gegen Frankreich und seinen halb unfreiwilligen Vasallen Belgien zu führen ist, wenn Frankreich die Ruhrbesetzung mit der Sprengung der Entente und der eigenen Isolierung zu bezwecken hat, kurz, wenn der Kampf heute mit Aussicht auf Erfolg geführt werden kann, so ist das wesentlich ein Verdienst der Sozialdemokratie.

Der gegenwärtige Kampf um das Ruhrrevier ist ein Kampf ums Recht. Die Sozialdemokratie ist sich dessen bewußt, daß es ihre Aufgabe ist, ihn mit dem größten Aufwand von Energie zu führen und daß sie dabei in die vorderste Reihe gehört. Darum sieht sie es mit Beforgnis, daß sich in diese vorderste Reihe Elemente zu drängen versuchen, die selbst im Nachtrag kaum zu ertragen sind, weil sie den Erfolg der Aktion gefährden. Nicht in Surrealistik, sondern nur mit laßtätiger Entschlossenheit kann der Kampf geführt werden. Nicht große Redensarten, sondern nur klare Umsicht und Ueberlegenheit bei der Wahl der Mittel kann das Recht, das unzweifelhaft auf Deutschlands Seite ist, zum Sieg führen.

Aus diesen Gesichtspunkten wird die Sozialdemokratie auch die Maßnahmen der Regierung zu prüfen haben. Wenn alles aufgegeben wird, um den Eindringlingen zu zeigen, daß sie mit ihrem militaristischen Vorgehen weder Vorbeeren noch Reichthümer ernten werden, so ist das durchaus zu billigen. Nur dadurch kann dem noch besserer Einfluß zugänglichen Teile des französischen Volkes die Erkenntnis beigebracht werden, daß sich die französische Regierung in eine ausweglose Sackgasse verrennt hat. Auch würde das übrige Ausland es nicht verhehlen, wenn sich die Deutsche Republik widerstandslos der unrechtmäßigen Gewalt des französischen Imperialismus beugen würde. Es besteht also Einverständnis darüber, daß Deutschland seine letzten Rechte nicht kampflos preisgeben darf, sondern daß es kämpfen und seine Waffen dazu aus der Rüstkammer des Rechts und der Wirtschaft holen muß.

Kritik an einzelnen Abwehrmaßnahmen, wie sie von der sozialdemokratischen Seite geübt wurde, kann also nur den Zweck haben, die Methoden der Abwehr zu verbessern, nicht aber den, die Kraft des Widerstandes gegen den Rechts- und Friedensbruch Frankreichs zu schwächen. Zur Verbesserung der Methoden gehört aber vor allem auch die Erweckung des Vertrauens in den Willen der arbeitenden Bevölkerung, daß das Mögliche getan werden wird, um ihre fürchtbar schwere Lage zu erleichtern. Körperliche Kritik, die der Kritik willen oder gar die Absicht, heillos zu stehen, wo es sich um die letzten demokratischen Rechte der Selbstbestimmung handelt, liegt der Sozialdemokratie völlig fern. Sie ist sich der weltgeschichtlichen Bedeutung der Lage, die wir durchleben und der auf ihr lastenden Verantwortung für die Zukunft der Deutschen Republik voll und ganz bewußt.

## Um die Kohle

Die Rechts beschließt neue „Verordnungen“

Berlin, 16. Januar. (W. Z. B.) Die Reparationskommission hat heute der Kriegsausschuss mitgeteilt, daß sie auf Grund der Einstellung der Kohlen- und Viehlieferungen mit drei Stimmen gegen eine Stimmenthaltung, die des englischen Delegierten, zwei Beschlüsse gefaßt hat, die des englischen Delegierten gemäß § 17, Anlage 2, Teil VIII des Versailles-Vertrags in Kenntnis gesetzt habe. Nach dem von der Reparationskommission herausgegebenen offiziellen Protokoll lautet der Beschluß:

1. Seit dem 12. Januar sind keine Kohlenlieferungen dem Reich worden.
2. Der Reichsausschuss hat durch ein Schreiben an die zuständigen französischen und belgischen Stellen offiziell bekanntgegeben, daß die Reparationslieferungen sofort eingestellt werden.
3. Die deutsche Reparationskommission hat die zuständigen französischen und belgischen Stellen offiziell davon in Kenntnis gesetzt, daß sämtliche Lieferungen sowohl zu Reparations- als auch zu militärischen Zwecken eingestellt wurden, daß die zur Abfahrt bereiteten Güter nicht abgelassen wurden und daß tatsächlich seit dem 12. Januar zwei Güter mit Vieh und Pferden von den deutschen Behörden auf der Fahrt aufgehalten worden sind.

Der Zustand der Dinge ist die vorläufig und bewußt herbeigeführte Folge einer vom 12. Januar von der deutschen Regierung an Frankreich und Belgien gemachten Reklamation, deren Verlauf von der deutschen Regierung der Reparationskommission mitgeteilt worden ist.

## Besetzung bis Hamm-Diesfeld

Dortmund, 16. Januar. Um 11¼ Uhr kam die erste französische Truppe im Gürtel einer Infanteriekompanie im

Zentrum der Stadt eingerückt. Während des Einmarsches freilich ein Flieger über der Stadt. Irrendwilde Zwischenfälle sind nicht zu verzeichnen. Weitere größere Truppenmengen folgen zu Fuß und mit der Eisenbahn. Von Süden her rückte auch Kavallerie mit Panzerwagen ein.

Essen, 16. Januar. Der Vormarsch geht ununterbrochen weiter. Aus den Anordnungen ist zu entnehmen, daß der Vormarsch bis in die Linie Hamm—Diesfeld fortgesetzt werden soll. Eine ganze Anzahl von Orten ist heute neu besetzt worden, darunter Sörde, Fagen u. a.

## Der letzte Befehl

Essen, 16. Januar. Die „Ausgabe“, zu der die Vertreter der Gewerkschaften auf heute nachmittag um 3 Uhr in Düsseldorf „geladen“ waren, spielte sich sehr kurz ab. General Simon erklärte, daß die Sitzung lediglich den Zweck habe, den Befehl des Generals Degoutte in Empfang zu nehmen. Dieser Befehl wurde dann verlesen. Zum letzten Male wurden die Gewerkschaften aufgefordert, spätestens morgen früh mit der Lieferung der Reparationsgüter an Frankreich und an Belgien zu beginnen. Als erste Sanktion für die verweigerte Lieferung sei Dortmund besetzt worden; bei Fortwähren im Widerstand würden weitere Sanktionen folgen. Versuche des Regierungspräsidenten Genossen C. Kühner und der Gewerkschaften, zum Wort zu kommen, wurden brüskiert verhindert.

Düsseldorf, 16. Januar. In dem in der Sitzung verlesenen Befehl hieß es: Die besten Bestellungen der Gewerkschaften sind in der Hand der französischen Truppen, und weiterer Widerstand wird von den schlimmsten Folgen begleitet sein.

## Redungen für die Arbeiter

Düsseldorf, 16. Januar. Nach Überlieferung der Unternehmer wurden die Vertreter der Arbeiter hinzugerufen. Anwesend waren die Vertreter der christlichen Gewerkschaften, der freien Gewerkschaften und der Christ-Deutschen Gewerkschaften sowie der Unionisten. General Daubigues verlas im Auftrag des Generals Degoutte eine Erklärung, in deren erstem Absatz es heißt, er bedaure, feststellen zu müssen, daß die Industrien die Lage noch zu verschlimmern suchten, die durch den bösen Willen der deutschen Regierung so schwierig gestaltet sei. Bei diesen Worten erhob sich Regierungspräsident Kühner und erklärte, daß dieser Satz eine Verleumdung der deutschen Regierung enthalte, die es ihm unmöglich mache, den Verhandlungen weiter beizuwohnen. Er verließ dann mit den Vertretern das Zimmer.

Die Erklärung an die Bergarbeiterorganisationen wurde zu Ende verlesen und jedem einzelnen Arbeitervertreter überreicht, wobei General Simon betonte, daß die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und der französischen Besatzungsbehörde in Düsseldorf stets die besten gewesen seien. Er betonte, daß der Zustand der Freiheit der Arbeiter in Düsseldorf jetzt nicht zu vergleichen sei mit dem, den sie vorher gehabt hätten. Die Besatzungsarmee sei niemals ein Feind der arbeitenden Bevölkerung gewesen. — Darauf wurde die Sitzung für geschlossen erklärt.

Die Arbeitervertreter waren empört, daß sie lediglich zur Entgegennahme eines Schriftstücks eingeladen und hierher gekommen seien und nun Zeit und Arbeit versäumen müßten. Einmütig erklärten sie, aus einem solchen Anlaß niemals wieder nach Düsseldorf zu kommen.

## Beamtenfragen — Kindernot

In der Sitzung des Landtags vom Dienstag wurden zunächst Beamtenfragen behandelt. Es lag eine Vorlage über die Befestigung von Zuschlägen an Beamte in besonderen teuren Orten vor. Dabei wandte sich der Kommunist Schneller gegen die großen Unterschiede der Beamteneinkünfte in den verschiedenen Klassen, ein Zustand, an dem Sachen aber nichts ändern kann, da es sich nach dem Reich erlassenen Grundgesetzen für die Beamteneinkünfte richten muß. Bei der Beratung des Altersgrenzengesetzes für Beamte das die Pensionierung von Beamten nach Erreichung des 65. Lebensjahres ermöglichen soll, wandten sich die bürgerlichen Redner besonders dagegen, daß Ausnahmen zugelassen werden. Lipinski begründete die Notwendigkeit der Zulassung von Ausnahmen besonders mit dem Hinweis, daß die Belastung eines Beamten über 65 Jahre unter Umständen deshalb notwendig sein könne, weil ein geeigneter Ersatz nicht zu finden sei.

Die Beratung einer Vorlage über die Uebernahme einer Staatsbürgerschaft für die Leipziger Mustermesse benutzte der Kommunist Lieberach, um sich so gut zu blamieren, wie das überhaupt möglich ist. Da die Mustermesse die Form einer G. m. b. H. hat, wandte er sich dagegen, da eine kapitalistische Einrichtung unterstellt werde. Der Mann denkt nicht, daß es sich hier um ein gemeinnütziges Unternehmen handelte. Außerdem verstandete er die Weisheit, die deutsche Industrie könne nur so lange exportieren, als sich die deutschen Arbeiter mit niedrigeren Realloöhnen begnügten. Nach Herrn Lieberachs Worten also die Löhne der deutschen Arbeiter zu erhöhen, wenn nicht der deutsche Export unmöglich werden soll, was natürlich eine große Arbeitslosigkeit zur Folge haben muß.

Eine Anfrage, der Deutschen Volkspartei, die sich mit dem Fall des Annaburger Studentensoldaten Bartholomey beschäftigte, brachte einen Ansturm der bürgerlichen Parteien gegen den Genossen Fiehnert. Bartholomey war vorläufig von seinem Amt entsetzt worden, weil er als Vorsitzender des Annaburger Bürgerrats die Regierung beleidigt, ihr unter anderem verfassungswidriges Verhalten vorgeworfen hatte.

## Vorgehen ohne Warnung

Bochum, 16. Januar. (Fig. Drahtbericht.) Der französische Divisionsgeneral Marzal de Bourgen hat durch Maueranschlag bekanntgemacht, daß die Truppen gegen jede feindselige Handlung, auch wenn sie sich durch Singen, Schreien usw. dokumentiert, ohne Warnung vorgehen werden. Die Truppen seien in reichster Ueberrumpfung. Friedliebende Bürger müßten sich bei Unruhen von der Straße fernhalten.

## Erster Versuch der Zechenkontrolle

Nach Meldungen aus Essen wollte gestern eine Kommission französischer Offiziere die Zechen Salfer Brant im Norden von Essen besichtigen. Der Betriebsrat erklärte, daß die Arbeiter sofort die Arbeit niederlegen würden, da sie nicht unter Bajonetten arbeiten wollten. Die französischen Offiziere verließen darauf die Zechen.

Essen, 16. Januar. In dem Betrieb der Eisenbahnen ist bisher kein Eingriff erfolgt, doch sollen jetzt Kontrollgruppen für die Kohlenzüge auf den Bahnhöfen eingerichtet werden.

Düsseldorf, 16. Januar. Reichs-Tshilgen wurde heute mittag vor den Generalstab des Brückenspores Düsseldorf geladen. Ihn und den mit ihm geladenen Generaldirektor Kertzen, Verwalter Ronge und Direktor Wittenhofen erklärte General Simon im Auftrag des Generals Degoutte, daß sie, wenn sie bei ihrer abtenden Haltung blieben, von jetzt an unter gerichtlichem Verfahren stehen würden. Sämtliche Herren erklärten auf Verlangen, daß sie bei ihrem bisherigen Standpunkte verbleiben müßten.

## Die Bluttat in Bochum

Bochum, 16. Januar. Ueber den gestrigen Zwischenfall in Bochum, bei dem das erste Blut und ein lebensgefährliches Verwundeten vernichtet wurde, wird amtlich berichtet: Unter dem Einbruch der Besetzung durch die Franzosen fanden in Bochum, wo der Belagerungszustand noch nicht verhängt worden war, spontan patriotische Kundgebungen statt, wobei die Menge singend durch die Straßen zog. Die Schutzpolizei war den Massen gegenüber machtlos. Als ein Demonstrationzug an französischen Posten vorbeizog, gaben diese mehrere blinde Schüsse ab, worauf die Menge flüchtete. In diesem Augenblick schossen die Franzosen völlig grundlos scharf. Dabei wurde ein junger fleischhändler Mann getötet und ein anderer verwundet. Infolge dessen ist die Erregung der Bevölkerung außerordentlich gestiegen.

## Die Requirierung geht los

Düsseldorf, 17. Januar. Heute früh hat die erste Requirierungsmahnmahnen durchgeführt worden. Mehrere Kohlewagen, die nach Bayern abgehen sollten, wurden ausgehakt und nach dem Westen dirigiert. Nach einer Mitteilung aus Paris hat Frankreich die ersten Kohlenzüge zugewiesen erhalten.

## Hinausschleusen der Presse

Essen, 16. Januar. Im besetzten Gebiet sind die Presse seit der Besetzung um 50 bis 60 Prozent in die Höhe geschraubt. Milch und andere unregelmäßig gelieferte Produkte sind im Preise verdoppelt. Eine Tasse Kaffee kostet z. B. in fast allen Orten 250 W. Die Regierungen des Reiches und von Preußen haben ihren Beamten, Angestellten und Arbeitern zur Erleichterung der geschaffenen Not eine Zulage zu ihren Gehältern, Begehungen und Löhnen bewilligt, deren Auszahlung sobald erfolgen wird. — Die gesamten Arbeiter werden bald in schlimmster Weise die Not zu spüren bekommen.

Der Deutsche Volksparteiler Hermann stellte die fälsche Behauptung auf, daß in Sachen ein Unterdrückungssystem herrsche wie zur Zeit Metternichs und der deutschnationale Lehrer Grelmann klagte Stein und Wein darüber, wie schlecht es ihm ginge, weil er deutschnational sei.

Die Genossen Fleißner und Beckel wiesen die Entstellungen der Herren von rechts gebührend zurück. Fleißner erklärte, daß von einer Einschränkung der Meinungsfreiheit der Beamten nicht die Rede sein könne, daß sich aber die Regierung von einem Beamten nicht je die Verantwortung gefallen lassen könne. Weder erinnerte die Herrschaften daran, ein wie übles Unterdrückungssystem früher, besonders zur Zeit des Kaiserthums, in Sachen geherrscht habe, und daß dieselben Leute, die heute so entrüstet sind, damals die reaktionäre Willkürherrschaft gebilligt hätten. Herr Dr. Hermann wollte die Gelegenheit benutzen, um die Kammer mit einer Art Mißtrauensvotum gegen Fleißner zu überrennen. Er brachte den Antrag ein, die Antwort des Kultusministers als nicht befriedigend zu erachten. Dabei erlosch er einen Reizfall. Der Antrag wurde mit 37 gegen 32 Stimmen abgelehnt.

Bei der Begründung mehrerer kommunistischer Anträge, die die Minderung der Not der Schulkinder bezweckten, hielt der Kommunist Schneller eine an Material reiche Rede. Dabei ging es natürlich nicht ab, ohne daß er des langen und breiten von den schönen Einrichtungen erzählte, die in Sowjetrußland für die Kinder geschaffen seien. Er machte sich von der Genossin Schilling lösen lassen, daß er die ruffischen Verhältnisse besser kenne als die deutschen. Es würde den Kommunisten gut tun, wenn sie sich einmal darüber orientierten, was in Deutschland alles für die Kinder geschaffen sei. Zum Schluß dankte sich der deutschnationale Kommunist noch einige Zeit mit den Kommunisten herum, wobei es ohne einige Ordnungsrufe für die beiden nicht abging. Die Anträge wurden dem Ausschuss überwiesen. Leider wird es die finanzielle Not des Staates nicht erlauben, alles, was für die Kinder zu tun, was notwendig wäre, aber es müssen Mittel und Wege gesucht werden, um wenigstens das schlimmste Elend zu mildern.